



**Niederschrift der Sitzung des Stadtrates
am Donnerstag, 09.07.2026 von 18:00 bis 19:55 Uhr
Ort: Forum am Hansaplatz**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Maria Hogeback	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
---------------------	---------------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eike Baran	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christoph Böhmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Rasmus Braun	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Melanie Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Heino de Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Olaf Eilers	Fraktionslos	
Frau Gerda Eisen-Dieckmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Johannes Flatken	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Renate Geuter	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jürgen Hespe	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kramer	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Heinrich Lücking	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Hans Meyer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Thomas Niehoff	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Norbert Rehring	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Fabian Rolfes	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Martin Roter	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Maik Stratmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Andreas Tegeler	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wilfried Thunert	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sören Wewer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	

Verwaltung

Frau Sabine Dedden	Protokollführung	
Frau Heidrun Hamjediars	Erste Stadträtin	
Herr Matthias Neiteler	Fachbereichsleiter	

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Marlies Preuth	CDU/FDP-Fraktion	
---------------------	------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Resmiye Agirman	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Stefan Fuhler	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Dennis Löschen	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Raphael Opilski	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Lukas Reinken	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Jonas Schulte	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Andreas Tameling	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Pia van de Lageweg	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernd Wichmann	CDU/FDP-Fraktion	

Beratende Mitglieder

Frau Sandra kleine Stüve	Gleichstellungsbeauftragte	
--------------------------	----------------------------	--

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzende Hogeback eröffnet die heutige Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ratsmitglieder, Verwaltungsmitglieder, die Pressevertreter sowie die Gäste und Zuschauer. Sie informiert darüber, dass die Ratsmitglieder Preuth, van de Lageweg, Reinken, Löschen, Schulte, Wichmann, Fuhler, Opilski, Agirman und Tameling für die heutige außerordentliche Sitzung entschuldigt sind .

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden sodann festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil) am 03.06.2026 und 24.06.2026

Die Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil) am 03.06.2026 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht des Bürgermeisters / der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten der Stadt, insbesondere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Stratmann begrüßt die Anwesenden zu der heutigen Sondersitzung des Stadtrates bezüglich des Ausbaus der Straße „Grüner Hof“. Da es sich um eine Sondersitzung handele, die zudem in die Sommerferien falle, und nur ein Tagesordnungspunkt zu behandeln sei, dankt der Bürgermeister den anwesenden Ratsmitgliedern und Besuchern für ihr zahlreiches Erscheinen.

Bürgermeister Stratmann führt an, dass während seiner Amtszeit als Bürgermeister oder vorher als Mandatsträger noch nie so intensiv über eine Straßenbaumaßnahme kommuniziert worden sei. Es seien im Vorfeld viele Gespräche - teilweise sehr emotional und auch kritisch - in den Ratsgremien und in den Arbeitskreissitzungen geführt worden. Bürgermeister Stratmann hofft heute auf eine konstruktive Sitzung und auf Fragen, die noch nicht erwähnt oder gestellt worden sind.

Die Ratsvorsitzende fragt nach, ob es hierzu noch Fragen oder Anmerkungen gibt.

Es gibt keine Nachfragen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Herr Michael Menke von der Firma AZA (Auto Jannink) stellt die Frage, ob eine Absenkung des Bordsteins entlang der Straße für die LKW-Zuwegung seines Unternehmens für das Be- und Entladen realisiert werden kann. Die Firma brauche dahingehend Planungssicherheit, so dass die LKW's kein Verkehrshinderniss darstellen. werden.

Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass die Bordsteinabsenkung auf der gesamten Länge des Grundstücks ermöglicht wird, wenn dies erforderlich ist. Dieses gilt auch für das Grundstück der Diakonie.

Frau Dultmeyer von der Firma Sanipoint fragt, welche wirtschaftlichen Vorteile die Radvorrangroute für die Unternehmen der Stadt Friesoythe bringe, da die Radvorrangroute ja nicht bis in die Innenstadt führe.

Bürgermeister Stratmann erklärt, dass es nicht Zielsetzung der Radvorrangroute sei, einen wirtschaftlichen Vorteil für jemanden zu bringen, sondern einzig die Verkehrssicherheit. Überregional diene sie dem Ziel, insbesondere die Städte Cloppenburg und Leer auf möglichst schnellsten Wege für Fahrradfahrer zu verbinden.

Herr Thomas Diers ist Anwohner des Grünen Hof und fragt nach, ob es für die Querung in Höhe der Firma Blumen Wreesmann eine Lösung gebe.

Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass die Verkehrsinsel so angelegt werde, dass die Querung passt und keine Probleme für der Firma Wreesmann entstehen.

Frau Lea Fangmann von der Firma Raumausstattung Fangmann fragt an, was es mit den nicht eindeutigen Verkehrszählungen auf sich habe und ob sich dadurch eine Änderung der Planung ergebe.

Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass die Anzahl der Fahrzeuge nicht entscheidend sei für die Planung, da die Sicherheit der Radfahrer im Vordergrund stehe. Die Sicherheit könne durch die abgesetzte Radvorrangroute gewährleistet werden. Des Weiteren lägen unterschiedliche Messungen aufgrund verschiedenartiger Messgeräte und Messorte vor, was an der Situation vor Ort aber nichts ändere.

Frau Lea Fangmann fügt hinzu, dass falsche Angaben bezüglich der Umgehungsstraße mitgeteilt worden seien, es habe sich hier aus ihrer Sicht keine Verbesserung eingestellt.

Auf diese Frage teilt die erste Stadträtin Hamjediers mit, dass sie über diese Anmerkung erstaunt sei, da in der Arbeitskreisgruppe mitgeteilt wurde, dass die Umgehungsstraße sehr wohl positive Auswirkungen auf den Verkehr habe. Sie erklärt, dass sie in der zweiten Arbeitskreissitzung erklärt habe, dass die Ergebnisse, die der Stadt aufgrund eigener Messungen vorlagen, wohl nicht richtig seien. Bezüglich der Auswertungen und Auszählungen der Verkehrsteilnehmer zählt sie die verschiedenen Gründe auf, wieso die unterschiedlichen Ergebnisse zustande gekommen sind.

Grundlage für die Planung seien die Auswertungen, die von dem Planungsunternehmen (11.000 Verkehrsteilnehmer) zugrunde gelegt wurden und von den Anwohnern (12.000 Verkehrsteilnehmer verteilt auf PKW und Fahrradfahrer) quasi bestätigt wurden. Deshalb hätten die neuen Messungen auch keinen Einfluss auf die Planungen gehabt. Bei den Messungen der Anwohner sei aber sehr positiv aufgefallen, dass sehr viele Radfahrer die Straße nutzen, nach ihrer Erinnerung um die 3.000 pro Tag.

Die nächste Frage wird von Herrn Klaus Böhmann, ehemaliger Anlieger, gestellt. Er möchte wissen, wie sich die jährlichen Mehrkosten für die Instandhaltung der Radvorrangroute zusammensetzen, da diese höher sind als bei normalen Radverkehrswegen. Die Folgekosten müssten ermittelt werden, damit man in der Zukunft wisse, was auf die Kommune zukomme. Das sehe auch das Formular der Beschlussvorlage vor, welches in diesem Punkt keine Eintragung enthalte.

Bürgermeister Stratmann fragt, woher die Erkenntnis komme, dass die Folgekosten für eine Straße mit einer Radfahrsvorrangroute teurer sein sollten als bei einem „normalen“ Fahrradweg. Bei beiden handele es sich um asphaltierte Straßenkörper. Außerdem habe die Stadt Friesoythe eine Vereinbarung mit dem Landkreis Cloppenburg, dass die Pflegearbeiten an der Radvorrangroute vom Landkreis mitgetragen werden. So werde es in den anderen 12 Kommunen im Landkreis auch gehandhabt.

Herr Böhmann entgegnet dem Bürgermeister mit den Worten: „Wenn Sie glauben, dass das der gleiche Preis ist, dann liegen Sie falsch!“

Die nächste Frage wird von Herrn Ludger Fangmann, Anwohner, gestellt. Er fragt nach, ob die Ablöseverträge vorher erstellt werden oder erst im Nachhinein, wie es bei anderen Straßenbaumaßnahmen der Fall gewesen sei.

Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass es noch gar keinen Beschluss dafür gäbe. Erst wenn alle Kosten ermittelt seien und die Ablösung von Beiträgen von den Ratsgremien beschlossen werde, könne über einen Ablösevertrag gesprochen werden.

Der Bürgermeister weist auf die Situation im Nachbarort hin, worauf wohl auch von Herrn Fangmann Bezug genommen werde. Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass auch der dafür eingeschaltete Fachanwalt darauf hinweise, dass erst nach genauer Kostenermittlung Ablöseverträge angeboten

werden dürften. Die Kosten für den Grünen Hof könnten noch nicht ermittelt werden, da zum jetzigen Zeitpunkt nur die Entwurfsplanung vorliege.

Herr Fangmann fragt weiter, ob es im Vorfeld eine Mitteilung geben werde, da doch eine beträchtliche Summe von den Eigentümern bezahlt werden müsse, und wie die Planung aussehen werde, da durch die Sperrung der Straße große Geldeinbußen auf die ansässigen Selbständigen zukommen könnten.

Bürgermeister Stratmann weist nochmals auf die intensiven Gespräche bezüglich der Straße Grüner Hof hin. Es wird weiterhin gemeinsam gesprochen und weiter informiert. Die Stadt versuche, die Anlieger „mitzunehmen“.

Darüber hinaus können verschiedene Straßenbaumaßnahmen nicht miteinander verglichen werden, da gesetzliche Vorschriften jeweils unterschiedlich beachtet werden müssten.

Herr Fangmann hofft auf eine gute Planung.

Die nächste Frage wird von Herrn Dr. Herbert Kellermann, Anlieger der Straße Grüner Hof, gestellt. Herr Dr. Kellermann ist sehr besorgt, dass im geplanten Kreisel in Höhe der jetzigen Ampelkreuzung alle Verkehrsteilnehmer gleichgestellt seien und alle Verkehrsteilnehmer in einer Spur fahren sollten. Er führt das Beispiel „Familia-Kreisel“ an, da dieser Kreisel einen Fahrradweg führe. Es sei auch noch nicht über den Schulweg gesprochen worden, da viele Kinder von Altenoythe und Schlingshöhe die Straße Grüner Hof befahren würden. Herr Dr. Kellermann appelliert an die Ratsmitglieder, dass zum Wohle der Bevölkerung entschieden wird.

Bürgermeister Stratmann weist nochmals darauf hin, dass intensiv im Vorfeld diskutiert wurde. Es gab einen holprigen Start, danach habe man aber wirklich versucht, alle Fragen zu beantworten und Bedenken aufzunehmen. Nach einer Abstimmung der Anliegerschaft, ob eine Kreuzung oder Kreisel gebaut werden solle, sei das Votum der Anlieger für eine Kreiselsvariante ausgefallen. Leider habe die Stadt den dafür erforderlichen Grunderwerb nicht tätigen können, weshalb man Kompromisse finden musste, was dann einen kleineren Kreisel bedeute. Die Ein- und Ausfahrt, zum Beispiel für den Gewerbebetrieb Elmo, sei damit sichergestellt.

Des Weiteren spricht der Bürgermeister die Gefahrenstelle „Polizei-Kreisel“ als Unfallschwerpunkt an. Hier seien bereits mehrere Maßnahmen getroffen worden. Er nennt das Entfernen der Fahnen im Kreisel, die Markierungen auf dem Radweg und das Aufstellen von Straßenschildern mit dem Hinweis auf ein erhöhtes Unfallrisiko. Hier sei die Situation aber grundlegend anders als beim geplanten neuen Kreisel am Grünen Hof.

Der Bürgermeister bedauert, dass die Ursprungsplanung hinsichtlich des Kreisels nicht realisiert werden könne, dies liege aber nicht im Einflussbereich der Stadt.

Eine Ampelanlage berge im Übrigen auch ein hohes Gefahrenpotenzial.

Herr Dr. Kellermann weist noch einmal auf den fehlenden Fußweg um den Kreisel hin.

Die Erste Stadträtin erinnert an die letzte Sitzung des Arbeitskreises, bei der sie zugesagt habe, dass man sich das Konzept des Familia-Kreisels noch einmal ansehen und den Fachplanern als mögliche Alternative an die Hand geben werde. Es werde also noch einmal genau überprüft, ob diese Maßnahme zu realisieren sei. In der kurzen Zeit konnte eine Stellungnahme des Fachplaners jedoch nicht eingeholt werden.

Frau Margret Kühling, ehemalige Anliegerin und Eigentümerin eines Grundstücks am Grünen Hof, hat folgende Frage:

Es sei bisher ein großer Kreisel geplant gewesen, der aber aus bekannten Gründen nicht gebaut werden könne. Daher sei doch anzunehmen, dass die kleine Variante in der Bauausführung geringere Kosten verursache. Das sehe aber wohl nicht so aus, da sich die Kosten für den Minikreisel um mehr als 100.000 Euro gegenüber dem Ursprung verteuert hätte. Wieso werde also die mit Sicherheit wirtschaftlichere Alternative einer Ampelanlage nicht in Betracht gezogen und warum werde der Kreisel nicht dementsprechend gefördert, seien ihre Fragen.

Herr Fachbereichsleiter Neiteler teilt dazu folgendes mit: Wenn der Fördergeber den Kreisverkehr nicht fördere, dann könne man nicht mit einem Zuschuss rechnen. Das Planungsbüro habe bis jetzt nur einen Schätzpreis errechnet. Das sei noch keine konkrete Angabe. Man könne letztendlich erst nach der Ausschreibung aller Gewerke mit einer genauen Kostenaufstellung arbeiten. Die Kosten für den Kreisverkehr würden zu drei gleichen Teilen den zuführenden Straßen zugerechnet.

Bezüglich der Ampelanlage habe Bürgermeister Stratmann die Situation bereits erklärt. Seitens der Bevölkerung seien im Hinblick auf die Ampelanlage sehr viele negative Hinweise an die Stadt Friesoythe herangetragen worden. Letztlich wurde die Kreisverkehrvariante aufgrund des besseren Verkehrsflusses und aus Gründen der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer weiter verfolgt.

Frau Iris Meyer von der evangelischen Kirche spricht die beiden neuen Pläne für die Anordnung von PKW-Einstellplätzen, die heute veröffentlicht worden seien, an und teilt mit, dass die Kirchengemeinde mit diesen Vorschlägen wohl einverstanden sei. Allerdings habe sie „Bauschmerzen“ damit, der Kindertagesstätte einen Teil des Spielplatzes zu entziehen. Frau Meyer sieht das Erfordernis, diese neuen Parkplätze für die Bevölkerung und vor allem für die Friedhofbesucher kenntlich auszuweisen, so dass diese auch von diesem Personenkreis benutzt werden könnten und nicht anderweitig belegt seien. Sie gehe davon aus, dass sich Friedhofbesucher zu den Kindergartenöffnungszeiten nicht „trauen“ werden, dort zu parken.

Bürgermeister Stratmann teilt dazu mit, dass diese neu geschaffenen Parkplätze auch für die Bevölkerung erkenntlich gemacht werden müssten, damit genau erkennbar ist, welche Einstellplätze zum öffentlichen Parkraum gehörten. Die neue Planung zu den Parkflächen auf dem Grundstück der Kirche sei im Vorfeld mit den Vertretern der Kirchengemeinde konstruktiv besprochen und erarbeitet worden.

Dass man Bauschmerzen bekomme, Kindern den Platz zum Spielen zu nehmen, sei verständlich und gehe wohl jedem so. Sollte sich der Kindergarten irgendwann einmal vergrößern, müssten ohnehin mehr Parkplätze geschaffen werden, da dann auch mehr Mitarbeiter und Eltern zusätzlichen Parkraum benötigen würden. Er bedankt sich noch einmal für die gute Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche.

Herr Dultmeyer, Firma Sanitätshaus Sanipoint GmbH, fragt nach, ob beim Ausbau auch Blindenstreifen geplant seien.

Bürgermeister Stratmann kann die Frage leider nicht beantworten. Es sei jedoch gesetzlich vorgegeben, dass bei jeder Querung und jedem Bushalteplatz taktile Leitsysteme oder Bodenindikatoren eingebaut werden. Wie oder ob dies darüber hinaus gelte, werde noch einmal überprüft.

Herr Dultmeyer bedauert, dass es heute mal wieder keine ausreichenden Antworten gebe und keine zufriedenstellenden Lösungen präsentiert werden.

Herr Stratmann widerspricht und antwortet, dass es heute die erste Frage gewesen sei, die nicht beantwortet werden konnte und dass bis zum jetzigen Zeitpunkt alle weiteren Fragen beantwortet worden seien.

Die nächste Frage wird von Herrn Alfred Hüffer, Anwohner, gestellt.

Er stellt die Frage, wenn der Streek ertüchtigt werde, wie es mit den Kosten für den Grünen Hof aussehen würde.

Bürgermeister Stratmann weist noch einmal darauf hin, dass es sich um zwei verschiedene Ausschreibungen handle. Die eine Ausschreibung betreffe die Straßenbaumaßnahme Grüner Hof, die andere Ausschreibung beinhalte die Ertüchtigung des Streeks. Der Streek werde eigenständig abgerechnet und falle nicht in die Straßenbaumaßnahme.

Herr Alfred Hüffer fragt nach, ob dieses auch sichergestellt werden könne.

Herr Bürgermeister Stratmann bestätigt dieses.

Magnus Kock, Firma AZA Auto Jannink, fragt nach, ob sich der Bebauungsplan auch auf die wirtschaftlichen Betriebe erstrecke oder ob dieser sich nur auf den Wohnungsbau beschränke. Denn so eine Radvorrangroute begünstigt doch mehr ein Wohnungsbaugelände als Investoren, z.B. wie das Autohaus oder andere wirtschaftlich ausgerichtete Betriebe. Er frage sich, ob die Betriebe am Grünen Hof noch gewünscht seien.

Bürgermeister Stratmann erklärt, er begrüße jedes Wirtschaftsunternehmen in Friesoythe. Er sei sich sicher, dass Fahrradfahrer viel mehr die Ausstellung und die Schaufenster wahrnehmen als z.B. Autofahrer. Jeder Grundstückseigentümer könne selber entscheiden, ob er im Rahmen des Bebauungsplanes in Gewerbebebauung oder Wohnbebauung investieren möchte.

Herr Hartwig von Garrel jr. bittet darum, den heutigen Beschluss soweit zu ergänzen, dass um den Kreisel ein Radweg mit eingeplant wird.

Bürgermeister Stratmann verweist noch einmal auf die Ausführungen der Ersten Stadträtin, dass diese Planung noch einmal mit dem Fachplaner durchgesprochen wird.

Die Ratsvorsitzende Hogeback stellt fest, dass es keine weiteren Fragen gibt.

TOP 7 Mitteilungen

TOP 8 Ausbau des Grünen Hofes (Straßenausbaumaßnahme) - alternative Planung Vorlage: BV/292/2024/3

Fachbereichsleiter Herr Neiteler stellt die Planungen zu den möglichen Parkplätzen im Bereich des evangelischen Friedhofs bzw. der Kindertagesstätte vor.

Die Baumaßnahme werde vom neuen Kreisverkehr über den Streek zum Kreisverkehr der Polizei durchgeführt. Es können bis zu fünf Parkplätze straßenseitig im Bereich Grüner Hof 14 und 16 (vor dem von Herrn Hanneken geplanten Mehrfamilienhausprojekt) realisieren lassen, indem der Grünstreifen ersetzt und der Fußweg nach hinten gelegt werde, womit dann keine Verschwenkung mehr erfolge. Hierfür wären zwei Bestandsbäume zu entnehmen. Sofern diese erhalten werden sollten, könnten die Parkplätze nicht in diesem Umfang realisiert werden.

Ein Behindertenparkplatz lasse sich aufgrund der hierfür erforderlichen Breite nicht darstellen. Zudem wären im Bereich des Kindergartens „Haus für Kinder Grüner Hof“ sieben sowie auf der Seite der evangelischen Kirche drei Parkplätze realisierbar. Darüber hinaus könnten auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf den Flächen der evangelischen Kirche und der Diakonie bis zu 14 Parkplätze errichtet werden. Diese Flächen befänden sich allerdings nicht im städtischen Eigentum, sodass es sich lediglich um einen Vorschlag handele. Mit der evangelischen Kirche seien hierzu bereits Gespräche geführt worden.

Die Ratsvorsitzende fragt, ob es bezüglich der Ausführungen von Fachbereichsleiter Herrn Neiteler Fragen oder Hinweise bestehen.

Ratsherr Eilers bemängelt, dass aus den letzten Sitzungen keine Informationen weitergeleitet worden seien. Er rügt Frau Erste Stadträtin Hamjediens diesbezüglich, da diese die zeitnahe Weitergabe der Niederschriften zugesagt habe.

Erste Stadträtin Hamjediens erklärt Ratsherrn Eilers die momentane Situation im Bürgermeisteramt. Sobald die Niederschriften fertiggestellt sind, würden diese allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Sie bittet um Verständnis und Geduld.

Ratsherr Eilers führt weiter aus, dass aufgrund der überarbeiteten Planung zur Schaffung zusätzlicher öffentlicher Parkplätze unter anderem ein Teil der Spielflächen des Kindergartens „Grüner Hof“ genutzt werden solle. Die wegfallende Fläche müsse gegebenenfalls an anderer Stelle ersetzt werden. Ratsherr Eilers, der in einem städtischen Wohnhaus wohnt, welches sich in unmittelbarer Nachbarschaft befindet, gibt zu verstehen, dass es nach seiner Einschätzung innerhalb der Verwaltung Überlegungen gebe, dieses Gebäude in mögliche Planungen einzubeziehen, so dass er als Mensch mit Behinderung auf die Straße gesetzt werden würde. Er fragt die Erste Stadträtin direkt, ob sie in der Arbeitskreissitzung erklärt habe, dass man für diesen Fall auf die städtische Fläche ausweichen müsse.

Die Erste Stadträtin bestätigt, dass die Variante mit den PKW-Einstellplätzen auf dem Außenbereich der Kindertagesstätte in der Arbeitskreissitzung besprochen worden sei und sie dabei erklärt habe, dass man dann für den Spielplatz der KiTa Ersatz schaffen müsse, wofür man dann nur städtische Flächen nutzen könne.

Ratsherr Eilers erklärt, dass das Haus nicht für die Kita-Erweiterung erworben wurde und wirft der Stadtverwaltung und insbesondere der Ersten Stadträtin eine schäbige und intransparente Art zu arbeiten vor.

Bürgermeister Stratmann weist die Kritik entschieden zurück und regt an, Ratsherrn Eilers einen Ordnungsruf zu erteilen. Bürgermeister Stratmann erklärt, er stehe auch bei diesem Sachverhalt vor seinen Mitarbeitern und lasse derartige Beleidigungen mit Ausdrücken wie „schäbig“ nicht zu.

Die Erste Stadträtin Hamjediers erklärt noch einmal sachlich, wie die Planungen im Arbeitskreis besprochen worden sind. Es sei lediglich festgehalten worden, dass man als allerletzte Option auf eigene städtische Flächen zurückgreifen müsse. Was Ratsherr Eilers daraus interpretiere, kann Frau Hamjediers nicht nachvollziehen. Wenn dieser daraus ein schäbiges Verhalten ableiten wolle, würde sie dieses schon als Beleidigung ansehen. Die Stadt Friesoythe stehe zu ihrem Wort gegenüber dem Arbeitskreis und den Anliegern. Die Stadt werde eine Lösung finden, wie diese letztlich ausfalle, liege nicht in ihrer Entscheidungsbefugnis, sondern beim Stadtrat.

Ratsherr Eilers weist diese Kritik zurück, dass er jemanden beleidigt hätte. Schließlich habe er nur seine eigene Meinung vertreten. Außerdem wundere er sich, dass das Protokoll vom Arbeitskreis so schnell zur Verfügung gestellt wurde und die anderen Informationen erst am Mittwoch im Ratsinformationssystem einsehbar gewesen seien.

Herr Neiteler teilt Ratsherrn Eilers direkt mit, dass man diese beiden Protokolle nicht vermischen dürfe. Das Protokoll vom Arbeitskreis sei von einem Mitarbeiter aus dem Bauamt direkt nach der Sitzung niedergeschrieben worden. Das andere Protokoll sei, wie bereits erklärt wurde, vom Protokolldienst in Bearbeitung.

Ratsherr Eilers zeigt sich jedoch weiterhin nicht verstanden und kritisiert nochmals die Vorgehensweise des Informationsflusses innerhalb des Ratsinformationssystems.

Sodann geht Ratsherr Eilers auf die vorliegende Planung ein, hier finde er mehrere Punkte nicht gut. Unter anderem:

- a. Die Planung sei nicht ausgereift. - Hier werde eine Insellösung mit einer Maximallösung vorgeschlagen, die so in der Stadt Friesoythe noch nicht vorkomme und auch an anderer Stelle nicht vorkommen werde. Ob diese Variante die günstigste sei, bezweifle er.
- b. Den Minikreisel betrachte er auch sehr skeptisch, da solche in anderen Ortschaften bereits wieder zurückgebaut wurden. Ratsherr Eilers erklärt noch einmal mit seinen Worten, wie die zukünftige Planung aussehen werde. Er wird den Beschlussvorschlag nicht mitgehen, weil diese Lösung nicht praktikabel sei.

Ratsherr Braun erklärt, die Aussage von Ratsherrn Eilers bezüglich seines Mietverhältnisses mit der Stadt sei falsch. Er erinnere daran, dass bereits beim damaligen Verkauf des Wohnhauses vereinbart worden sei, die Flächen bei Bedarf für den Kindergarten zur Erweiterung zur Verfügung

zu stellen. Dies sei eine entscheidende Intention der Verkäufer gewesen, das Gebäude an die Stadt zu veräußern und nicht an private Dritte. Er halte es für eine Frechheit, dies nun anders darzustellen.

Ratsfrau Geuter bedankt sich beim Ratskollegen Braun für die Ausführungen zu den persönlichen Eingaben vom Ratsherrn Eilers und hofft, dass jetzt ein Beschluss aufgrund einer sachlichen Debatte zustande komme. Sie fährt fort und gibt folgende Stellungnahme ab:

„Wir haben den Ausbau der Straße „Grüner Hof“ in verschiedenen Runden ausführlich diskutiert – und das war gut und richtig. Denn der „Grüne Hof“ ist für den städtischen Verkehr und die Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung.

Heute entscheiden wir, ob wir die vorliegenden Planungen mit den in den Beratungen erreichten Anpassungen weiterverfolgen und dafür eine Landes-GVFG-Förderung beantragen. Eine Förderquote in dieser Höhe gibt es in anderen Programmen nicht; sie würde die Anlieger und die Stadt Friesoythe finanziell deutlich entlasten.

Der Landkreis Cloppenburg hat Ende 2023 auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie beschlossen, die Straße am Grünen Hof als Teilabschnitt des Radschnellwegs Cloppenburg–Leer vorzusehen. Wenn wir diese Planungen übernehmen, können die Radwege in diesem Bereich vollständig finanziert werden.

Wir erkennen an, dass die aktuellen Planungen auch mit den Änderungen nicht bei allen Anliegern Zustimmung finden und dass nicht alle Hinweise und Wünsche berücksichtigt werden konnten. Zugleich ist es gelungen, im Arbeitskreis einzelne Sorgen aufzugreifen und Lösungen anzubieten, etwa bei den Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Einrichtung des Arbeitskreises war hilfreich und richtig. Auch die heute zu beratenden Änderungen der Beschlussempfehlung gehen auf Diskussionen im Arbeitskreis und an anderer Stelle zurück.

Ein zentrales Anliegen war stets, ob auch künftig öffentliche Parkplätze im Umfeld der evangelischen Kirche zur Verfügung stehen. Zwar zeigen die Anlagen zur heutigen Vorlage mögliche Lösungen auf; in welcher Form sie tatsächlich umgesetzt werden können, bleibt jedoch offen – der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Ich sage es ganz deutlich: Wir beschließen heute noch nicht die genaue Anordnung einzelner Parkplätze. Wir nehmen vielmehr die verbindliche Zusage auf, dass Parkplätze zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir haben gerne den Vorschlag der anderen Fraktion für eine Änderung der Beschlussempfehlung aufgenommen. Sie stellt sicher, dass mit der Baumaßnahme erst begonnen werden kann, wenn die öffentlichen Parkplätze im Umfeld der evangelischen Kirche endgültig feststehen.

Auch am Beginn des Grünen Hofes konnten einige Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden – ein Wunsch der Anlieger, für den wir eine Lösung gefunden haben.

Für einige Anliegen haben wir keine Lösung finden können, sei es aus rechtlichen Gründen oder sei es, weil z.B. Flächen nicht zur Verfügung gestellt werden (Diskussion um Minikreisel).

Nach Abwägung der vorliegenden Alternativen – die Planung jetzt weiterzuverfolgen und Förderanträge einzureichen oder die gesamte Planung neu zu beginnen – haben wir uns für die Weiterverfolgung der Planung entschieden.

Wenn wir – wie wiederholt vorgeschlagen – mit der Planung vollständig neu beginnen, müssten wir im nächsten Jahr zunächst den Streek sanieren und die Straße dafür über einen längeren Zeitraum sperren und der jetzige Zustand würde wieder hergestellt. Wenn neue Planungen abgeschlossen sind – was wegen weiterer fristgebundener Aufgaben Zeit in Anspruch nehmen wird – und es dann nach einigen Jahren tatsächlich zum Straßenausbau kommt, wäre wieder eine Sperrung erforderlich.

Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte ist zudem ungewiss, ob dann noch Fördermöglichkeiten in gleicher Höhe zur Verfügung stünden. Dieses Risiko möchten wir nicht eingehen.

Wir wissen – und das ist zu Beginn der Sitzung auch deutlich geworden – dass noch viele Einzelfragen geklärt werden müssen und auch geklärt werden können – die Erfahrung gibt es auch aus anderen Straßenbaumaßnahmen. Sie dürfen versichert sein, dass die Mitglieder des jetzigen Rates – einige werden ja auch im künftigen Rat vertreten sein – die weiteren Planungen intensiv begleiten werden und dabei die von Ihnen angesprochenen Themen mit einbringen werden. Heute werden wir der zwischen den Fraktionen vereinbarten veränderten Beschlussempfehlung zustimmen.“

Ratsherr Böhmann bestätigt Herrn Bürgermeister Stratmann, dass er in den vielen Jahren seiner Ratsarbeit noch nie eine so intensive Debatte um eine Straßenbaumaßnahme erlebt habe. Sodann gibt er folgende Stellungnahme ab:

„Gut ist es, dass wir uns für all die Anliegen Zeit genommen haben. So kann auch gezeigt werden, dass der Stadtrat sich mit den Anträgen befasst hat und Lösungen sucht. Es gibt unterschiedliche Ansichten und nicht alle kann man zufriedenstellen. Es gibt nun zusätzliche Parkplätze, gepflastert mit Rasengittersteinen. Gleichzeitig sind wir bemüht und auf einem guten Weg, Parkplätze für die evangelische Kirche zu finden. Wir wollen den Beschluss heute unter Vorbehalt fassen, dass die Bauarbeiten erst dann starten können, wenn hierzu eine Lösung gefunden wurde. Somit erhalten die evangelische Kirchengemeinde und die Anlieger Sicherheit für die Parksituation. Es sind bereits im Juni im Arbeitskreis alle diese Angelegenheiten besprochen worden. Wir müssen jetzt einmal eine Entscheidung treffen. Die positiven Argumente überwiegen und die CDU/FDP-Fraktion wird heute dem Beschlussvorschlag zustimmen. Die CDU/FDP-Fraktion möchte noch einmal für die Zukunft darauf hinweisen, dass der Punkt Gegenfinanzierung herausgenommen wird, da die Fraktion das Ziel verfolgt, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, da sie einfach ungerecht und nicht mehr zeitgemäß sind.“

Die Ratsvorsitzende erteilt Ratsherrn Baran das Wort:

Er teilt am Anfang mit, dass er stellvertretend für die Gruppe in der Fraktion „SPD-Bündnis 90/Die Grünen“ spricht, die sich mit dem Antrag nicht anfreunden kann. Er führt wie folgt aus:

„Das Positive Vorweg: Die gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vorgesehene Veränderung zwischen Europastraße und Scheefenkamp mit Angleichung an die Innenstadt-Verhältnisse halte ich für sinnvoll, hier ist man nach etwas hin und her zu einem guten Ergebnis gekommen. Der zwischen den Fraktionen abgestimmte Beschlussvorschlag macht einiges besser als der ursprüngliche. Den Vorschlag der CDU, bei Parkflächen hier auf Rasengittersteine zu setzen, können wir wegen meiner in der Zukunft gerne auch für weitere Maßnahmen übernehmen - man sieht ja bspw. am Rathaus, dass das gut funktioniert.“

Für die Maßnahme insgesamt gibt es aber viele Dinge, die mich sehr stören. Ich möchte davon hier 3 Aspekte genauer ausführen:

Erster Punkt:

Umsetzungsdetails: Radvorrangroute & sichere Radfahrerführung, Fußgänger, Parken

Zu Beginn (2025) hieß es sehr deutlich: Es gehen gar keine Parkplätze an der Straße (verloren). Das deckt sich insofern mit der Darstellung in der MBS des LK (AK 10/23 Präsentation MBS S.5): Eine Lösung mit Schutzstreifen lässt in der hier geplanten Form und bei der zur Verfügung stehende Breite keine Parkplätze zu. Dazu die E-Klima Ergänzungen zu den sog. Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) aus 2022 :

“Wenn Parken im Straßenraum nicht zu vermeiden ist, sind Sicherheitstrennstreifen mit einer Mindestbreite von 0,75 Meter zu allen Arten der Radverkehrsführung vorzusehen – so auch bei Radfahrstreifen, Schutzstreifen und in Fahrradstraßen. Dies soll die sog. Doorings-Unfälle vermeiden, bei denen Radfahrende mit unvorhersehbar geöffneten Türen geparkter PKW kollidieren.“

Man kann sich leicht ausrechnen, dass auch erstmal sehr großzügige 2 m Ausbaubreite bei den einzuhaltenden Sicherheitsabständen schon knapp werden. Im Zweifel bedeutet das, dass Radfahrer auf dem Schutzstreifen nicht mit dem PKW überholt werden können. Jetzt sind in der Planung Parkplätze, aber diese Schutzstreifen sind hier nicht realisiert und realisierbar. Ich selbst bin in den vergangenen Jahren zwei Mal fast in eine Autotür gefahren, das passiert schnell, wenn man zügig unterwegs ist und das ist auf einer Radvorrangroute mit dedizierten Schutzstreifen ja eigentlich auch gewünscht und im E-Bike-Zeitalter auch üblicher als noch vor 10 Jahren. In meinen Augen und auch den des ADFC ist da sogar die bestehende Mischführung sicherer.

Auf meinen Hinweis in einer Ratsanfrage von letzter Woche habe ich keine Antwort darauf erhalten, wie man damit umgehen möchte, nur einen Verweis auf die Arbeitskreissitzung, in dem ich nicht Mitglied bin und in deren Protokoll das Thema nicht auftaucht. Ich hoffe wenigstens, dass diese nicht normkonforme Bauweise mit den Förderstellen abgesprochen ist.

Dass seit etwa einem Jahr ohne konkrete Ergebnisse verhandelt wird, ob und wo abseits der Straße Ersatz-Parkplätze schaffen kann, schafft kein Vertrauen, gleiches gilt für die Diskussion um die

Positionierung der Querungshilfen, die gerade bei einem über 10m breiten Straßenkörper (vgl. Innenstadt halbe Breite) mit Auto- und Fahrradverkehr in beiden Richtungen unerlässlich sind und fest stehen müssen, bevor die Schippe rausgeholt wird. In dieser Beziehung setzt der Vorschlag den die Fraktionen gemeinsam erarbeitet haben, den richtigen Akzent: Los geht es erst, wenn Rasengitterstein-Parkplätze vollständig abgeklärt sind.

Zweiter Punkt: Tönerne Füße.

Wie viele Autos fahren täglich durch den Grünen Hof? Wir haben aktuell drei Zahlen:

- 10.000 aus 2020, als man zum ersten Mal das Projekt grüner Hof auf den Weg bringen wollte, als die Innenstadtsanierung noch nicht fertig und der Münsterlandring noch nicht einmal im Bau war. i.d.R. sagt die Bundesanstalt für Straßenwesen, dass derartige Erhebungen für Bundesstraßen nicht älter als 5 Jahre sein sollten, in jedem Fall sind sie durch die veränderten Verhältnisse überholt
- Aktueller: 12.000 von einem Messgerät der Anwohner, welche die Verwaltung für nicht belastbar hält.

- 3.300 von der Stadt gemessen, die aber - wenn ich dem freundlicherweise von einem Anwohner angefertigten Protokoll der AK-Sitzung glauben darf, denn im offiziellen Protokoll der Stadt taucht dies nicht auf - mit einem defekten und ungeeichten Gerät gemessen wurden.

Ich erinnere mich an die Vorstellung durch SHP im Forum im vergangenen Jahr: Dort wurde eine Grafik aus den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) des FGSV präsentiert, die klar machte: Die Führung des Radverkehrs hängt von zul. Geschwindigkeit und PKW-Aufkommen ab. Auch in der MBS des Landkreises wird hier unterschieden. Zu Beginn war die Geschwindigkeit für diesen Bereich nicht klar und die Mess-Zahlen schwanken um 400 Prozent. In unseren Planungen hat das keinerlei Berücksichtigung gefunden.

Grundsätzlich stellt sich die Frage: Wollen wir den Ausbau ausschließlich am IST-Zustand festmachen? Bei der Innenstadt hat man damals vorab genau hingeschaut, welche und wie viele Verkehre zukünftig durch die Straßen rollen sollen und das in die Planungen einbezogen. Auch das vermisste ich hier.

Wenn solche grundlegenden Fragen nicht geklärt und/oder in der Planung nicht berücksichtigt sind, steht das Gesamtprojekt mindestens teilweise auf tönernen Füßen.

Das bringt mich zum letzten Punkt: Verfahren & Kommunikation

In diesem Vorhaben ist spätestens seit der Neuaufnahme in 2025 gehörig der Wurm drin. Die Kommunikation mit den Anwohnern war schlecht. Es wurde Besserung gelobt zwei Arbeitskreissitzungen und eine mit Nachdruck einberufene dritte haben das nicht auffangen können, denn auch als Ratsmitglied stören mich einerseits der fortwährende Druck und Verweise auf ablaufende Förderfristen und andererseits die scheinbare Beliebigkeit, mit denen Änderungen und Alternativen über Monate hinweg unmöglich sind, bis man das Gefühl hat, mit einem fixen, wiederum nicht zu Ende gedachten Entgegenkommen zu beschwichtigen und doch noch schnell die nötige Zustimmung einfangen zu können. Wenn die ehrenamtlichen Ratsmitglieder zu dieser abweichend vom fernstehenden Sitzungsplan in der Sommerpause stattfindenden Ratssitzung mit nur einem TOP direkt am Tag nach der vorangegangenen Ratssitzung eingeladen werden (die Einladung war laut Metadaten um 10.25 Uhr fertig), dann bin ich mir unsicher ob das nur Eifer, eine Trotzreaktion oder eine gewollten Machtdemonstration, wer hier tatsächlich das Heft in der Hand hält, ist. Für ein gutes Miteinander halte ich das nicht. Man sieht an vielen Stellen ist der Plan noch nicht ausgegoren. Skizzen zu Parkplatzflächen, die allesamt noch nicht final abgeklärt sind, erhalten wir nun immer wieder - zuletzt gestern den Vorschlag Spielplatz und eine alte Baumreihe am Kindergarten "Grüner Hof" dafür zu opfern. Das ist schon fast zynisch. In der Vergangenheit wurde auf die Wichtigkeit von Vorbereitung durch Fachausschüsse hingewiesen, hier wäre sie dringlich erforderlich gewesen und weiterhin erforderlich um noch offene Punkte auszuräumen, ggf. eben auch nach den Wahlen im September. Es kann nicht immer heißen: Klären wir während der Umsetzung - beim holprigen Umgang mit Veränderungswünschen in der bisherigen Planung muss einem Einleuchten, dass es der Vertrauensvorschuss schon lange ausgeschöpft ist.

Auch wenn ich finde, dass die Fraktionen wenigstens sinnvolle Vorschläge zur Schadensbegrenzung gemacht haben und ich ihre Sorge um zukünftig wahrscheinlich nicht zum besseren veränderte Förderbedingungen und Baukosten teile, kann ich einem Projekt, dass mich in wesentlichen Teilen nicht überzeugt und sich im mittleren 7stelligen Steuergeld-Bereich bewegt an dieser Stelle meine Zustimmung nicht geben."

Ratsherr Braun führt aus, dass, wenn es dann zum Ausbau kommen sollte, frühzeitig mit den Schulen gesprochen wird, vor allem mit dem Gymnasium, da der ganze Busverkehr praktisch in Mitleidenschaft gezogen wird. Hierzu weist er auf die Aussage von Dr. Kellermann hin, dass Unfälle passieren könnten, weil man nicht gehandelt hat. Sein Appell an die Stadt laute, in Schulen aber auch grundsätzlich eine Aufklärungskampagne zu starten, was sich denn alles geändert hat. So könne man präventiv gleich die Leute mitnehmen.

Bürgermeister Stratmann findet den Vorschlag sehr gut, darauf könne man aufbauen. Die Verwaltung sei bei diesem Themen immer im engen Austausch mit der Polizei, um präventiv wirksam zu werden. Ein Beispiel seien die erforderlichen Umleitungen aufgrund der Ertüchtigung des Durchlassbauwerkes Altenoyther Straße.

Weiter spricht Bürgermeister Stratmann den Ratsherrn Baran direkt an:

Die Zielvorstellungen bei der Innenstadtsanierung und auch hier am Grünen Hof würden auf Ratsbeschlüssen basieren.

Es wurde von den Ratsgremien der Stadt ein Radwegekonzept beschlossen. Dieser Beschluss erfolgte seinerzeit einstimmig. Dann wurde die Radvorgangroute gemeinsam mit dem Landkreis abgestimmt. Damit seien schon zwei Parameter zu nennen, die feststehen, bei denen die Stadt durch Vereinbarungen und Beschlüsse gebunden ist.

Was die Verkehrsführung Richtung Innenstadt angehe, werde auf Basis des Vorschlages von Ratsherr Baran selbst verfahren: Hier werden künftig Fahrzeuge und Fahrradfahrer gemeinsam auf einer Fahrbahn bei Tempo 20 km/h fahren. Hinzu komme jetzt die rechtliche Möglichkeit, auf der gesamten Reststrecke eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h festzusetzen. Damit sei auch ein ganzes Stück mehr an Verkehrssicherheit sichergestellt.

Ratsherr Baran habe mit Recht angesprochen, dass bei Längsparken entlang der Radvorrangroute nur noch 75 cm Platz vorhanden sei. Er finde aber, so Bürgermeister Stratmann weiter, ein schlechter Kompromiss sei besser, als gar keine Lösung zu haben.

Zu der angeblich über Nacht getroffenen Machtdarstellung, dass so schnell eingeladen wurde, erläutert der Bürgermeister, dass sei ein Vorschlag aus der eigenen Fraktion des Ratsherr Baran gewesen. Dieser habe darin bestanden, dass nach Möglichkeit eine schnelle Sondersitzung einberufen werden sollte, um den Anliegern und den Vertretern vom Arbeitskreis die neuen Erkenntnisse zu den Flächen und der zweiten Variante näher zu bringen.

Dieses hätte auch in der letzten Ratssitzung beraten werden können. Das hätten die Ratsmitglieder zu Recht nicht gewollt. Deshalb habe die Verwaltung gem. der Vorgabe des Stadtrates die Sondersitzung einberufen, damit die Planungen weitergehen und um den Antrag für das Mehrjahresprogramm des Landes Niedersachsen vorbereiten zu können. Das Planungsbüro könne nun in den Sommerferien weitere Vorbereitungen treffen, damit die Förderanträge zeitgerecht gestellt werden können.

Ratsfrau Buhr ist froh, dass es in weiten Teilen gemeinsam zu einer geänderten Beschlussempfehlung gekommen sei. Sie bedanke sich bei Allen, die im und mit dem Arbeitskreis zusammengearbeitet hätten und für die Zusammenarbeit zwischen Anliegern, der Politik und der Verwaltung.

Der Stadtrat beschließt mit 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wie folgt:

Die anliegende Planung zum Ausbau der Straße „Grüner Hof“ wird inklusive der Schaffung mehrerer Parkbuchten auf Rasengittersteinen für Kurzparker auf dem Grünstreifen beschlossen. Der Baubeginn der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt einer finalisierten Lösung für die Schaffung von mindestens 12 öffentlichen Parkplätzen im Umfeld der evangelischen Kirche. Die Kosten für die Erstellung der öffentlichen Parkplätze im Umfeld der evangelischen Kirche sind nicht Bestandteil der Straßenausbaumaßnahme, sie werden in voller Höhe aus dem Haushalt der Stadt Friesoythe

finanziert. Die Verwaltung wird beauftragt die Förderanträge zu stellen und die Ausschreibung der Maßnahme vorzubereiten.

TOP 9 Bericht der Vertreter der Stadt aus den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften, aus Verbänden und Organisationen

Es fanden in der kurzen Zeitspanne seit der letzten Ratssitzung Veranstaltungen in den Verbänden und Organisationen statt.

TOP 10 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsherr Baran lobt den **Radweg am Paarberger Wald** gelobt. Das Ergebnis könne sich sehen lassen. Nur ein Schild müsse noch entfernt werden, das auf Radwegschäden hinweist.

Ratsherr Baran fragt nach, wie weit die Planung und der Fortschritt mit dem **Radweg am Oldenburger Ring** sei.

Fachbereichsleiter Neiteler teilt mit, dass die Ausschreibung erfolgt sei und jetzt beim Rechnungsprüfungsamt zur Genehmigung vorliege. Sobald von dort die Freigabe erfolge, könne der Auftrag erteilt werden.

Ratsherr Eilers hat eine Frage zur **Bahnstrecke zwischen Cloppenburg und Garrel**. Es hätten sich Anwohner beschwert, dass in den Morgenstunden ein hohes Lärmaufkommen zu verzeichnen sei. Sie hätten bereits einen DBA-Messer aus dem Fenster gehalten. Das Messgerät habe 111 angezeigt. Es heiße, es gäbe viele Beschwerden diesbezüglich. Seine Frage ist, ob der F.E.G. Beschwerden vorliegen und wie die F.E.G. damit umgehe.

Erste Stadträtin Hamjediers teilt mit, dass der F.E.G. keine Beschwerden vorlägen.

Ratsherr Eilers ergänzt, dass, sollten doch noch irgendwann Beschwerden kommen, mit hohen Kosten gerechnet werden muss.

Ratsherr Eilers richtet sich direkt an den Fachbereichsleiter Herrn Neiteler. In der letzten Ratssitzung hätte Herr Neiteler den Anliegern der **Beethovenstraße** gesagt, dass sie in der nächsten Woche eine Endabrechnung für die Baumaßnahme „Ausbau Beethovenstraße“ erhalten würden.

Der Fachbereichsleiter widerspricht. Er erklärt, dass er selbst bei der Baustellenbesprechung dabei gewesen sei. Es seien dort einige Probleme besprochen worden, die an die bauausführende Firma weitergeleitet wurden.

Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass solche Frage übers das Portal „ratsanfragen@friesoythe“ zu klären seien.

Ratsherr Eilers beharrt auf einer Antwort zu seiner Frage. Er sei von den Anliegern zur Anliegerversammlung eingeladen worden. Für ihn habe sich dort ein anderes Bild ergeben. Die Anlieger würden immer noch auf eine Endabrechnung warten.

Fachbereichsleiter Neiteler teilt mit, dass der beauftragte Fachanwalt – wie bereits mehrfach erläutert - ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass erst, wenn alle Rechnungen im Bereich Tiefbau vorlägen und alle anderen Kosten kalkuliert wurden, Ablöseverträge angeboten werden dürften. Dies erfolge derzeit. Ziel sei es, die Ablöseverträge zügig zu erstellen.

Ratsherr Eilers wundert sich über diese Arbeitsweise. Er gehe davon aus, dass bei einer Straßenbaumaßnahme die Ablöseverträge aufgrund der Kostenvoranschläge erstellt würden.

Fachbereichsleiter Neiteler verweist noch einmal auf die bereits mehrfach erläuterte Rechtslage hin.

Ratsherr Eilers hat noch eine Frage an Frau Erste Stadträtin. Laut Frau Hamjediers hätte er einen rechtswidrigen Antrag (**Zinslose Stundung aus Straßenausbaubeiträgen**) gestellt und in den Rat eingebracht. Ratsherr Eilers hätte diese Rückmeldung mit der Aussage vom zugezogenem Fachanwalt gerne schriftlich.

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Die Ratsvorsitzende Hogeback teilt mit, dass keine weiteren Fragen vorliegen.

Somit wird der öffentliche Teil der Ratssitzung geschlossen..